



**Dr. Christos Pantazis, MdB**

*Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis 50 | Braunschweig  
Stellv. gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion*

## Pressemitteilung

Falschbehauptungen von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck zum Gebäudeenergiegesetz (GEG)

*„Fake News mögen kurzfristig Schlagzeilen bringen, doch sie lösen keine politischen Herausforderungen.“*

Braunschweig, 27.11.2024

**Dr. Christos Pantazis, MdB**  
*Abgeordneter für Braunschweig  
Stv. gesundheitspolitischer Sprecher*

**Berliner Büro:**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: +49 30 227 78040  
Fax: +49 30 227 23 78040

**Wahlkreisbüro:**  
Schloßstraße 8  
38100 Braunschweig  
Tel.: +49 531 4809 822  
Fax: +49 531 4809 850

christos.pantazis@bundestag.de  
www.christos-pantazis.de

Der Braunschweiger Bundestagsabgeordnete Dr. Christos Pantazis zu den jüngsten Äußerungen von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, die SPD habe soziale Fördermaßnahmen im Gebäudeenergiegesetz (GEG) verhindert:

„Die Aussagen von Robert Habeck sind schlichtweg falsch. Solche Behauptungen mögen vielleicht am Küchentisch unter Freunden fallen, doch im politischen Raum gehen sie als das durch, was sie sind: Fake News. Die Fakten sprechen eine klare Sprache, und diese lassen sich nicht einfach wegdiskutieren.“, kritisiert Dr. Pantazis.

Bereits im Februar 2023 wurden Inhalte des ursprünglichen Entwurfs des GEG bekannt, dass das Gesetz des Wirtschaftsministers weder praktikabel noch sozial gerecht war. Ein durchgerechnetes Förderkonzept fehle komplett.

„Nur durch intensive Verhandlungen der SPD-Bundestagsfraktion im parlamentarischen Verfahren wurde eine soziale Förderung in das Gesetz integriert und durch die kommunale Wärmeplanung auf solide Beine gestellt“, stellt der Braunschweiger Bundestagsabgeordnete fest.

Das Bundeswirtschaftsministerium blockierte bei der Förderfrage. Trotz klarer Vereinbarungen in der Koalition weigerte sich Habecks Ministerium, wichtige Heizoptionen wie Holz und Pellets zu fördern. Zudem scheiterte die Möglichkeit, die Förderung gezielter und sozialer zu gestalten.

„Die SPD hat von Beginn an für ein sozial gerechtes und praktikables Gebäudeenergiegesetz gekämpft. Ohne diesen Druck wäre das Gesetz nicht tragfähig geworden. Die Verantwortung für das bis in die breite Mittelschicht entstandene Misstrauen und Verunsicherung liegt bei Habeck. Anstatt unhaltbare Behauptungen zu verbreiten, sollte er zu seinen Fehlern stehen. Schließlich verdienen die Menschen Ehrlichkeit und keine Nebelkerzen im Wahlkampf“, so Pantazis abschließend.